

PRESSEMITTEILUNG

20. November 2024

Risiken für die Finanzstabilität im Euroraum bleiben in einem volatilen Umfeld erhöht

- Das Wirtschaftswachstum ist nach wie vor fragil, und die Sorgen bezüglich der Aussichten für den Welthandel tragen zur geopolitischen und politischen Unsicherheit bei.
- Aufgrund von hohen Bewertungen und einer ausgeprägten Risikokonzentration sind die Märkte anfälliger für plötzliche Korrekturen.
- Die politische Unsicherheit, die in einigen Ländern schwachen fiskalischen Fundamentaldaten und das geringe Potenzialwachstum schüren Bedenken über die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung.
- Bei einigen Haushalten und Unternehmen im Euroraum bestehen Anfälligkeiten in Bezug auf das Kreditrisiko. Dies könnte dazu führen, dass sich die Qualität der von Banken und Nichtbank-Finanzintermediären gehaltenen Aktiva verschlechtert, falls die Abwärtsrisiken für das Wachstum tatsächlich eintreten.

In einem volatilen Umfeld sind die Risiken für die Finanzstabilität erhöht. Dies stellte die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem heute veröffentlichten [Finanzstabilitätsbericht](#) vom November 2024 fest. Die Risiken für das Wirtschaftswachstum im Euroraum haben sich in Richtung Abwärtsrisiken verschoben: Die Inflation liegt nun näher bei 2 %, und die Finanzmärkte haben in den vergangenen Monaten einige ausgeprägte, wenn auch kurzfristige Volatilitätsspitzen durchlebt. Laut EZB-Vizepräsident Luis de Guindos werden die Aussichten für die Finanzstabilität durch die erhöhte makrofinanzielle und geopolitische Unsicherheit sowie eine zunehmende handelspolitische Unsicherheit getrübt.

Die Finanzmärkte haben sich zwar bislang als widerstandsfähig erwiesen, doch gibt es keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit. Durch grundlegende Schwachstellen sind die Aktienmärkte und die Märkte für Unternehmenskredite anfälliger für neuerliche Schwankungen geworden. Hohe Bewertungen und eine

ausgeprägte Risikokonzentration – insbesondere an den Aktienmärkten – erhöhen die Wahrscheinlichkeit deutlicher Korrekturen. Sollte tatsächlich eine nachteilige Dynamik eintreten, dann könnten Nichtbanken den Marktstress angesichts ihrer Liquiditätsschwächen, mitunter hohen Verschuldung und teils konzentrierten Engagements zusätzlich verstärken.

Auch wenn die Schuldenquoten nach dem sprunghaften Anstieg in der Pandemie zurückgegangen sind, bleiben die fiskalischen Fundamentaldaten einiger Euro-Länder schwach. Die Kosten des Schuldendienstes der öffentlichen Haushalte werden voraussichtlich weiter steigen, da fällig werdende Verbindlichkeiten zu Zinssätzen verlängert werden, die höher sind als die Zinsen der ausstehenden Schulden. In Verbindung mit einem geringen langfristigen Potenzialwachstum und politischer Unsicherheit vergrößern ein erhöhter öffentlicher Schuldenstand und hohe Haushaltsdefizite das Risiko, dass haushaltspolitische Fehlentwicklungen zu erneuten Bedenken der Marktteilnehmer bezüglich der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung führen.

Hohe Finanzierungskosten und trübe Wachstumsperspektiven belasten weiterhin die Bilanzen der Unternehmen; die Firmen im Eurogebiet berichten von Gewinneinbußen aufgrund hoher Zinsausgaben. In Bezug auf den Ausblick für den Immobilienmarkt zeigt sich ein uneinheitliches Bild. Während sich die Wohnimmobilienpreise stabilisieren, werden die Preise für Gewerbeimmobilien noch immer durch die Herausforderungen beeinträchtigt, die sich aus mobiler Arbeit und E-Commerce ergeben. Die privaten Haushalte profitieren hingegen von einem robusten Arbeitsmarkt und haben ihre Resilienz gesteigert, indem sie verstärkt gespart und ihre Verschuldung verringert haben.

Bislang hat sich bei den Kreditrisiken insgesamt nur ein gradueller Anstieg abgezeichnet. Sollte sich das Wachstum allerdings stärker als bisher angenommen verlangsamen, dann könnte dies kleine und mittelgroße Unternehmen und Haushalte mit niedrigem Einkommen belasten. Hierdurch würde wiederum die Qualität der von den Finanzintermediären im Euroraum gehaltenen Aktiva beeinträchtigt. Es besteht die Gefahr, dass Verluste aus Risikopositionen im Gewerbeimmobiliensektor weiter zunehmen, was für einzelne Banken und Investmentfonds von Bedeutung sein könnte. Insgesamt wird die Fähigkeit der Banken, eine erneute Verschlechterung der Aktivaqualität abzufedern, aber weiterhin durch die hohe Ertragskraft und umfangreiche Kapital- und Liquiditätspuffer gestützt.

Um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems im aktuellen unsicheren makrofinanziellen Umfeld zu erhalten und zu stärken, sollten die makroprudenziellen Behörden die bestehenden Kapitalpuffer-Anforderungen aufrechterhalten. Zur Gewährleistung solider Kreditvergabestandards sollten zudem die bestehenden kreditnehmerbezogenen Maßnahmen beibehalten werden. Aufgrund der zunehmenden Marktpräsenz und Verflechtungen von Nichtbank-Finanzintermediären ist darüber hinaus ein umfangreiches Maßnahmenpaket vonnöten, um die Widerstandsfähigkeit des Sektors zu verbessern. Eine größere Widerstandsfähigkeit dieses Sektors würde auch dazu beitragen, die

Kapitalmärkte stärker zu integrieren. Dies dürfte die Finanzstabilität erhöhen und die Ziele der Kapitalmarktunion ergänzen, die auf die Förderung der Produktivität und des Wirtschaftswachstums abstellt.

Kontakt für Medienanfragen: [Ettore Fanciulli](#) (Tel.: +49 172 2570 849).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.